

# Gesellschaft und Alltag in der DDR

## - 70er / 80er Jahre

Bild -Privat 1988



Auch in der DDR der Honecker-Ära ist das Leben und Arbeiten der Menschen von Grunddeterminanten (Entwicklungspsychologie) wie etwa Geschlecht, Alter, gesundheitlichen Zustand, intellektuellen und praktischen Fähigkeiten bestimmt worden. Abhängig von diesen individuell oft sehr unterschiedlichen Voraussetzungen wurde der Alltag darüber hinaus von politischen und wirtschaftlichen System des „real existierenden Sozialismus“ dieser Jahre geprägt, in das die Menschen eingebunden waren.

### Ideologischer Anspruch

Die politische Herrschaftsstruktur der DDR ist in diesem Zusammenhang als „moderne Diktatur“ (Jürgen Kocka) bezeichnet worden. Demnach war Herrschaft einerseits durch den fortwährenden Anspruch der SED gekennzeichnet, auf der Grundlage einer umfassenden, einzig „richtigen“ Weltanschauung in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen über die alleinige Entscheidungskompetenz zu verfügen. Andererseits hat die Partei mittels moderner Medien sowie über Bildungsinstitutionen und Massenorganisationen einschließlich entsprechender Überwachung permanent versucht, die Gesellschaft von der Richtigkeit dieser Ideologie u. ihrer daraus „notwendig“ resultierenden Führung zu überzeugen, und wenn notwendig auch zu deren Akzeptanz zu zwingen. Nicht zu Unrecht ist deshalb von der DDR auch als einer „Erziehungsdiktatur“ gesprochen worden. Diese umfassende Zielsetzung bedingte auch die (Um-) Erziehung jedes Einzelnen, da auf der Grundlage des Sozialismus eine neue Gesellschaft entstehen sollte. Über die traditionellen Erziehungs- und (Aus-) Bildungsinstitutionen, wie Kindergarten, Schule, Lehrstätten oder Universitäten hinaus waren die Menschen deshalb diesem politisch - ideologischen Anspruch ausgesetzt, der zum Teil bis ins Privatleben hineinwirkte.

Sehr viel stärker als in der Bundesrepublik waren die gesellschaftlichen Bedingungen der DDR daher mit dem politischen System verknüpft. Die Reaktionen hierauf waren unterschiedlich. Nach dem Bau der Mauer 1961 hatte sich die große Mehrheit der Bevölkerung auf das Regime einlassen und sich mit ihm arrangieren müssen. Im täglichen Leben kam es daher immer wieder zu Situationen, in denen man sich zum Nachsprechen von politisch- ideologischen (Leer-) Formeln gezwungen sah, da andernfalls kein sozialer Aufstieg, kein Erreichen von einigermaßen befriedigenden Berufspositionen möglich war. Dieser häufig unvermeidlichen Doppelzüngigkeit lag fortwährend die Unterscheidung zwischen propagierter, politisch-ideologischer Fiktion einerseits und der erlebten, täglich erfahrenen Realität andererseits zugrunde. Neben diesem Verhalten einer breiten Mehrheit gab es aber auch das aktive Mitmachen einer Minderheit überzeugter Parteigänger wie es ebenso die Verweigerung und den Widerstand „Einzelne“ bzw. „einzelner Gruppen“ gegeben hat, wobei Letztere meist den unterschiedlichsten Repressionen ausgesetzt waren und dies mit persönlichen und individuellen Nachteilen zu bezahlen hatten.

### Bedeutung der Betriebe

Ein weiterer Prägungsfaktor für die Menschen in der DDR entstand aus den spezifischen Strukturen, Organisationsformen und nicht zuletzt Anforderungen einer sozialistischen Industriegesellschaft. Sie ist deshalb in der Forschung auch als eine besondere Form der „Arbeitsgesellschaft“ (Martin Kohli) bezeichnet worden. Denn einerseits entzog sich die Arbeit als Hauptbeschäftigung der DDR-Bürger unter den Bedingungen einer zentralen Planverwaltungswirtschaft; immer wieder wurden die Beschäftigten mit Organisationsproblemen, fehlendem Material und Maschinenschleiß konfrontiert. Andererseits besaßen die Betriebe, in denen die überwiegende Mehrheit arbeitete, über den Ort der rein technisch- ökonomischen Produktion von Waren und Gütern auch die „Funktion als Versorgungs-, Bildungs- und Geselligkeit, als Ressource für viele andere Lebensbereiche und als Zentrum des politischen Lebens. (Evemarie Badstübner S.668) Da es keine betriebliche Mitbestimmung gab, wurden die Brigaden teils zu Netzwerken enger, sozialer Beziehungen, die über das übliche Maß von industriellen Arbeitsbeziehungen hinausgingen, teils zu Austragungsorten von Arbeits- und persönlichen Konflikten innerhalb des „Kollektivs“ teils zu Verteilungsstationen betrieblicher Sozialleistungen, in denen unter anderem über das Wann, Wo und Wie des Jahresurlaubs entschieden wurde.

Diese im Vergleich zur Bundesrepublik erheblich größere und gesellschaftlich-sozial umfassendere Bedeutung der Betriebe in der DDR hatte beträchtliche Auswirkungen auf Arbeitsgruppen u. Individuen. Sie wurde noch verstärkt durch eine „arbeitszentrierte Ideologie“ seitens Partei und Staat, in der Propaganda permanent hervorgehobene Wertschätzung erfuhr. Aus dem Anspruch heraus, dass sich die SED als Vorhut der Arbeiterklasse verstand und damit letztlich aller Werktätigen, suchte die Partei ihre Führungsposition für die gesamte DDR-Gesellschaft zusätzlich zu legitimieren.

Hinzu kam ein dritter Faktor: Der angestrebten sozialistischen Gesellschaft lag ein aus der marxistisch-leninistischen Ideologie resultierendes, egalitär ausgerichtetes Modell zugrunde. Danach war die Partei langfristig bestrebt, durch konkrete gesellschaftspolitische Maßnahmen nach wie vor bestehende soziale Unterschiede und Ungleichheiten in der DDR im Hinblick auf die Schaffung einer tatsächlich sozialistischen Gesellschaft zu beseitigen, etwa durch eine schrittweise Anpassung von Löhnen und Gehältern oder die Zuteilung von Wohnraum. Obgleich es nicht gelang, dieses egalitäre Modell durchzusetzen, waren in der DDR – Gesellschaft doch Tendenzen einer „sozialistischen Entdifferenzierung“ (Siegrid Meuschel) zu erkennen; zumindest ist es in Ansätzen zu einer gewissen Nivellierung etwa zwischen Angehörigen der „Intelligenz“ aus akademischen Berufen und der Arbeiterschaft gekommen.

## **Kontrolle und Überwachung**

Trotz von der SED fortwährend angestrebten „Durchherrschaft“ der Gesellschaft in der DDR und ihrer Kontrolle und Überwachung durch ein massiv ausgebautes, weit verzweigtes Bespitzelungssystem gelang es ihr jedoch nie, die Menschen vollständig zu beherrschen. Bei aller versuchten politisch-ideologischen Beeinflussung, -auch nicht zuletzt gerade deswegen !- traf diese bei einer breiten Mehrheit von DDR-Bürgern auf den ausgeprägten, häufig nicht einmal besonders reflektierten Willen, sich dem überall gegenwärtigen politisch-ideologischen Anspruch der Partei möglichst zu entziehen. So verkörperte der ebendso überall zum Vorschein kommende „Eigensinn“ der Menschen u. damit der Gesellschaft gleichsam ein Widerlager, an dem sich die Intentionen der SED und ihrer Massenorganisationen letztlich brachten.

Vor diesem weit gespannten Hintergrund ist das Leben in der DDR, der Alltag der Menschen zu sehen. Arbeit und Freizeit, Versorgung und Urlaub, Wohnung und Kleidung, Essen und Trinken, Sexualität, individuelles und kollektives Sozialverhalten als Elemente des täglichen Lebens bildeten ein eigenes Ganzes und konnten doch gleichzeitig höchst unterschiedlich sein. Insgesamt war das „ganz normale Leben“, den besonderen Bedingungen des Herrschafts- und Wirtschaftssystems im real existierenden Sozialismus unterworfen.

## **Fabrikarbeit**

Vor allem im Arbeitsprozess kam der Widerspruch zwischen Schein und Sein, Anspruch und Wirklichkeit, ständig propagierter Überlegenheit der zentralen Planwirtschaft und tagtäglich erfahrener Realität der Arbeitenden in den Betrieben zum Ausdruck. Denn mit Beginn der achtziger Jahre gelang es den meisten Werksleitungen kaum mehr, die Belegschaft kontinuierlich mit Rohstoffen, Material und Ersatzteilen zu versorgen; hinzu kam, dass bereits zu diesem Zeitpunkt nahezu zwei Drittel der verwendeten Maschinen längst verschlissen waren und eigentlich hätten ersetzt werden müssen. Insofern fiel es den Arbeitsbrigaden zunehmend schwer, die Produktion überhaupt aufrecht zu halten.

Symptomatisch für diese in den letzten Jahren der DDR vorherrschenden Zustände ist etwa die Aufzeichnung aus einem Brigadetagebuch einer Filmfabrik in Wolfen: „*Dezember 83 - der Monat Dezember hat uns arbeitsmäßig viel Ärger bereitet. Jedes Mal hat unsere Schicht Ausfälle zu verzeichnen....*“

Dabei wuchs Angesichts der stetig steigenden Verschuldung der DDR in den 80er Jahren zugleich der Druck auf die Arbeitenden, die Produktion weiter zu steigern und das festgesetzte Plansoll nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen.

## **Versorgungslage**

Parallel zur ständigen Verschlechterung der technischen wie materiellen Produktionsbedingungen kam es zu einer immer schwieriger werdenden Versorgungslage. Betriebsleitung und Brigaden konnten es Arbeitern und Angestellten daher kaum versagen, während der Arbeitszeit und laufenden Produktion einkaufen zu gehen, wenn es einmal irgendwo schwer erhältliche Waren gab. Ein Schichtleiter erinnert sich: „*Das Problem war dann in den letzten Jahren, wo dann die Versorgung nicht mehr so war, dass die Frauen Freitags mittags hinausgingen und sagten: Ich muß zum Fleischer gehen, heute Abend gibt es nichts mehr. Da war die Pause rum und die waren immer noch nicht da. Naja, was sollte man zu den Leuten sagen. Man hat es übersehen-*“ Das hierin zum Ausdruck kommende Verständnis entsprang nicht zuletzt der Solidarität von Menschen, die allesamt unter den Bedingungen einer „Mangelgesellschaft“ standen, soweit sie nicht zu jener Gruppe privilegierter, „Kader“ aus Partei, MfS, NVA oder den Massenorganisationen gehörten. Fast täglich hatten man sich darum zu bemühen, knappe, und nur selten erhältliche Waren und Gebrauchsgegenstände zu bekommen, entweder für den eigenen Gebrauch oder um diese wiederum für andere Erzeugnisse einzutauschen.

Auf der anderen Seite war praktisch die gesamte Warenpalette aus der Produktion des sonst verteuerten Westens über „Intershop-, Exquisit- und Delikatläden“ zu erhalten, entweder zu Westgeld oder zu überhöhten DDR-Mark-Preisen. Allein zwischen 1977 und 1989 stieg der Umsatz der „Intershops“ um 66% in D-Mark. Seit Mitte der siebziger Jahre zeigte sich der schleichende Verfall der DDR-Mark am fortwährend steigenden Schwarzmarktkurs gegenüber der D-Mark, die zunehmend zur heimlichen „eigentlichen“ Währung im SED-Staat wurde. Gleichzeitig führte dies bei einer breiten Mehrheit zur Abwertung und Geringschätzung DDR-eigener Produkte. Völliges Unverständnis erregte es, wenn etwa über den „Geschenkdienst- und Kleinexport GmbH Genex“ hochwertige Produkte aus der Bundesrepublik bis hin zu Autos bezogen werden konnten, sofern man „Westverwandschaft“ hatte, auf einen Trabant in der DDR jedoch zwischen 12 und 15 Jahren nach Bestellung gewartet werden musste.

## **Briefe an Honecker**

Die ständige Jagt nach Lebensmitteln und Gebrauchsgütern erzeugte eine steigende Frustration, die sich in Eingaben an die Behörden bzw. direkt an Honecker selbst entlud. Ein anonym gehaltenes Schreiben an ihn vom 21. Mai 1985 bringt dies unmißverständlich zum Ausdruck: Bereits auf der mittleren Ebene, kennen die Funktionäre den tatsächlichen Zustand im Warenangebot nicht aus eigener Anschauung. Sie können ihn nicht kennen, weil sie zu der bevorzugten Kaste gehören, weil ihre Sonderläden tatsächlich keine solchen Lücken im Warenangebot aufweisen wie die Einkaufsläden für die allgemeine Bevölkerung. Diese Genossen können zu jeder Zeit auch jene im Bereich des normalen Bedarfs, ja des gehobenen Bedarfs liegende Ware kaufen, zum Beispiel Rindsrouladen u.Ä. das Schlimmste aber ist, wie mir von vertrauenswürdigen Genossen auf Kreis- ja Bezirksebene im Laufe der letzten Jahre mehrfach versichert wurde, das wahrheitsgemäße Berichte zur Versorgungslage auf bestimmten Warengebieten von ihren Vorgesetzten als „Schwarzmalerei“ bezeichnet wurden und gestrichen werden mussten.

Warum sagen verantwortliche Genossen an der Spitze, warum sagst Du, lieber Erich, nicht einmal die Wahrheit zu diesen Dingen? Auch ich gehöre zu denen, die ein offenes Wort vertragen können. Jedoch das Nichtoffene, das Getue, und die Niederhaltung der Kritik anstelle des Bemühens um eine echte Lösung der Probleme, das vertragen unsere Menschen nicht. Wir wollen nicht wünschen, dass es einmal eine Kraftprobe gebe, wer hinter dir und deinen oben verantwortlichen Genossen stünde, das Ergebnis wäre bei weitem nicht so gut, wie du es dir selbst scheinen würde. Mit sozialistischen Gruß! Ein Getreuer.....(Zitat nach: Monika Dertz-Schröder/Jochen Staadt S.60 f)

## **Wohnen**

Ein gleich bleibendes knappes Gut, das mit westlichen Devisen indes kaum zu erwerben war, stellte Wohnraum in der DDR dar. Bauliche Kriegsschäden waren häufig nicht oder nur unzureichend behoben worden, sodass angesichts mangelnder Instandsetzung Ende der Siebziger Jahre ein enormer Verfall der Altbaubestände einsetzte. Ohnehin war in der DDR bis 1970 im Vergleich zur Bundesrepublik, gemessen an der Bevölkerungszahl, nur knapp die Hälfte an Wohnungen gebaut worden, wobei die tatsächlich geschaffene Wohnfläche pro Kopf wiederum nur einem Drittel des in Westdeutschland erstellten Wohnraumes entsprach. Das mit Honeckers Amtsantritt unter großen Aufwand begonnene, die DDR-Wirtschaft aber überfordernde Wohnungsbauprogramm konnte zwar im Oktober 1988 die Fertigstellung der zweimillionsten Wohnung feiern, doch der zur Verfügung stehende Wohnraum blieb für die Bevölkerung insgesamt zu knapp. Mangelnde Reparaturen, und die Schwierigkeit entsprechende Dienstleistungen zu bekommen, minderten die Wohnqualität und nicht zuletzt die Zufriedenheit mit der individuellen Wohnsituation.

Die Eingabe einer jungen Familie mit Kind an Staats- und Parteichef Erich Honecker vom Juni 1986 ist für die mangelnde Instandhaltung alten Wohnungsbestand keineswegs untypisch: *Wir haben ein kleine Zwei-Raum-Wohnung und eine sehr kleine Küche mit Schrägdach. Wenn wir im Winter heizen, müssen wir unsere Frisierkommode auf den Flur stellen und dort regnet es auch durch. Wir haben uns schon bald die Hacken wund gelaufen und uns wurden bloß immer leere Versprechungen gemacht. Mein Mann arbeitet im Forstbetrieb und ich als Annahmesekretärin. Meine Schwiegermutter ist Heizerin in einer Kinderkrippe. Nach Feierabend müssen wir uns dann in einer Schüssel waschen. Denn eine Badewanne und eine Spültoilette kennen wir garnicht. Wir möchten auch gerne in eine Badewanne liegen können, wie andere es auch haben und nachts nicht mehr zum Hof auf die Toilette gehen. Es wurde uns schon gesagt, was wir bloß mit unserem Bad haben, wir sollten doch zufrieden sein, mit dem, was wir haben.* ( Zitat nach: Dertz-Schröder/Stadt, S. 74 f)

## **Freizeit**

Ab Ende der sechsziger Jahre begann sich auch in der DDR eine Freizeitkultur zu entwickeln, nachdem mit der sukzessiven Senkung der Arbeitszeit, der Einführung des arbeitsfreien Wochenendes und der Erhöhung des Mindesturlaubs ab 1979 auf 21 Tage die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen worden. Es hatte weniger mit kleinbürgerlicher Mentalität zu tun, wenn Datsche und Schrebergärten charakteristische Merkmale der DDR-Freizeitgesellschaft verkörperten. Tatsächlich wies der SED-Staat mit insgesamt 2,6 Millionen Wochenendgrundstücken und 885 000 Kleingärten die höchste Dichte an Gartengrundstücken in der Welt auf. Für diesen hohen Bedarf gab es durchaus triftige Gründe. So blieb der „unangefochtene“ Platz des Kleingartens im Alltag der DDR - Bürger ein Phänomen, das sich aus allerlei Defiziten und Nöten erklären lässt: Unwirtliche Städte und Wohngebiete, übermäßige Politisierung des öffentlichen Lebens, Belehrung allerorten, die den Leuten die Ohren verstopfte u. sie hinter ihre

Hecke flüchten ließ, Mängel in der Versorgung, die zur Selbsthilfe zwangen, Fehlen einer kommerzialisierten Freizeitkultur, die Alternativen geboten hätte". (Evemarie Badstübner)

Zelten in Mecklenburg Vorpommern/ Privatbild 1973



## Urlaub und Reisen

Anfang der siebziger Jahre war auch die DDR zu einem Land des Massentourismus geworden, parallel zur jetzt einsetzenden Massenmotorisierung, wobei Reisen allerdings fast nur im Bereich der „sozialistischen Bruderstaaten,“ möglich waren. Freizeit und Urlaub waren eingebunden in die Zielstellung der SED, eine sozialistische Kulturgesellschaft zu schaffen, was allerdings nicht gelang. Entsprechend nahmen staatliche Institutionen, vor allem aber Betriebe und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), insbesondere bei der Zuteilung von entsprechenden Plätzen in der Urlaubsplanung eine wichtige Rolle ein.



Ostsee

Binz-Privatbild 1968 -

So vergaben der Feriendienst des FDGB im Jahr 1989 an der Ostsee, dem beliebtesten Urlaubsgebiet der DDR, 18 % der Erholungsplätze, die Betriebe 25 % und 26 % stellten öffentliche Zeltplätze zur Verfügung. Damit wurden fast  $\frac{3}{4}$  aller Erholungsplätze durch den Staat und die Betriebe vergeben. Die restlichen Plätze verteilten sich auf Privatquartiere sowie Zeltlager für Kinder und Jugendliche. Um den begehrten „Ferienscheck“ zu bekommen, spielte beim Auswahlverfahren für die durchweg zu knappen Urlaubsplätze durch Betriebe und FDGB das politische sowie das Arbeitsverhalten durchaus eine Rolle, daneben die Zahl der Kinder sowie die Anzahl der bereits erhaltenen Ferienplätze.

Mitte der achtziger Jahre hatte die DDR mit 137 000 Betten und 1,9 Millionen Gästen die Höchstzahl an Übernachtungskapazität und -Auslastung erreicht. Doch langte dies nie für den tatsächlichen Bedarf aus. Das Gegenüber den staatlich subventionierten „Erholungsplätzen“ teurere Camping verzeichnete in diesem Zeitraum einen stetigen Zuwachs; es erfreute sich auch deshalb ungebrochener Beliebtheit, weil es in politischer Hinsicht größeren Freiraum, weniger Reglementierungen und damit mehr Freiheit bot.

**(Anm: Politische Häftlinge und Ausreiseantragsteller, mißliebige Personen die sich gegen Reglementierungen wehrten, wurden Reisen in den sozialistischen Bruderländer auf Lebenszeit verweigert. Die Kader der Betriebe mußten bei allen Bürgern eine Erlaubnis für Reisen in die Bruderstaaten erteilen.)**

Reisen in die Bundesrepublik waren bei Familienfesten und dem Tod von Verwandten für die DDR-Bürger unterhalb des Rentenalters nur als Einzelperson und nur auf Antrag möglich, wobei die Genehmigung oft sehr willkürlich erteilt wurde. Trotz dieser erneut „systembedingten“ Eingrenzungen ( im wahrsten Wortsinn ) sowie Einschränkungen und Behinderungen des Reisens entwickelte sich die DDR in den siebziger und achtziger Jahren zum Land mit dem

größten Massentourismus innerhalb des Ostblocks, mit einer für die Planwirtschaft allerdings zu hohen Finanzbelastung von rund zehn Prozent des Staatshaushalts.

## **Frauen**

Die Verfügung über Freizeit ist auch in der DDR von großen Unterschieden zwischen den Geschlechtern geprägt geblieben. Trotz eines nahezu flächendeckenden Netzes von Kindergärten und –Horten und sonstigen sozialpolitischen Einrichtungen verfügten Frauen aufgrund des Weiterbestehens traditioneller, geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen über durchschnittlich 30-40% weniger Freizeit als Männer. Hinzu kam, dass die DDR die weltweit höchste Beschäftigungsquote von Frauen aufwies (91,3%=1988). Aus dem Umstand, gleichzeitig Arbeiterin bzw. Angestellte, Mutter und Hausfrau zu sein, erwuchs eine starke Mehrfachbelastung.

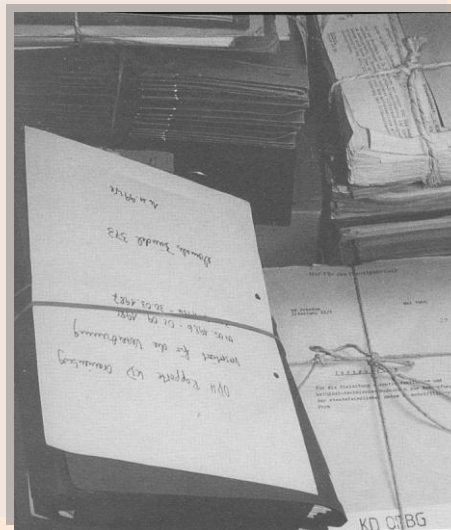
Zwischen propagierter und teilweise realisierter Gleichberechtigung auf der einen Seite und tatsächlicher, individueller Lebenswirklichkeit auf der anderen Seite bestand eine Kluft, doch besaßen Frauen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR stärker die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren. Hierzu trug die relative ökonomische Unabhängigkeit vom Partner bei, die sich für Frauen aus der eigenen Arbeitstätigkeit ergab. Primär bestimmten pragmatische Überlegungen und Handlungsweisen ihren Alltag. Entsprechend wurden Teilzeitarbeit oder niedriger bezahlte Arbeit, trotz häufig bestehender Besserqualifizierung, angenommen, um neben den Beruf für die Familie sorgen zu können.

## **Erziehung und Beruf**

Mit der Zielsetzung „allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeiten“ heranzubilden, „die ihrem sozialistischen Vaterland treu ergeben sind“, war es der SED sehr ernst. Diese Erziehung setzte bereits im Kleinkindstadium ein und wurde im Kindergarten und Schulen durch Massenorganisationen wie die Jungen Pioniere und die FDJ flankiert, die paramilitärische Formen und Rituale praktizierten. Neben die ausgeprägte politisch-ideologische Erziehung trat aber auch die frühe Vorbereitung von Kindern und Jugendlichen auf „sozialistische Arbeitsgewohnheiten“, insbesondere durch den polytechnischen Unterricht. Für die Schülerinnen und Schüler bedeutete dies zweierlei. „Richtiges“ politisch-ideologisches Verhalten, verbunden mit entsprechenden Aktivitäten, konnte trotz schlechterer schulischer Leistungen durchaus persönliches Fortkommen sichern, während dies im umgekehrten Sinne nur ausnahmsweise und von Fall zu Fall galt; individuelle Berufswünsche hatten sich „ökonomischen Erfordernissen“ unterzuordnen.

Jegliches Verhalten, das davon abwich, war zumeist mit persönlichen Belastungen, die bisweilen Diffamierungen gleichkamen und beträchtlichen Nachteilen, auch für die spätere berufliche Zukunft, verbunden. Hier die Aussage einer Mutter aus der Rückschau im Jahre 1990: „Als es darum ging, ob die Kinder zur Erweiterten Oberschule und damit zum Abitur zugelassen werden, hatten wir Glück, weil sie von ihren Lehrern unterstützt wurden. Wir standen ja stets der Kirche nahe, die Kinder gehörten zur Jungen Gemeinde, und das ließ sich in der Schule nicht verheimlichen. Aber beide hatten glücklicherweise Spezialbegabungen und waren auch sonst recht gute Schüler. Bei Sebastian waren es Mathematik und Physik und bei Susanne die Musik. Auch die Armee wurde für Sebastian nicht zum Problem, weil er gesundheitlich nicht gut beisammen war. Die Oberschule wurde allerdings zu einem einzigen Horror für Kinder und Eltern. Beide wurden in die Rolle von Einzelgängern gedrängt, weil sie von uns dazu erzogen worden waren, nicht nur „ja“ zu sagen und alles nachzuplappern, und weil sie sich für bestimmte Sachen engagierten. Sie waren zwar in der FDJ, aber wenig aktiv. Es gab stets Ärger, wenn sich Susanne entschuldigte, weil sie in der Musikschule zu tun hatte. Sebastian hatte in der 11.Klasse einen Computer gebaut, der im Rahmen der Messe der Meister von morgen, der MMM Berlin, einen Preis erhielt. Der Krach mit der Schule ging jedoch so weit, dass er nicht einmal schulfrei bekam, um diesen Preis entgegenzunehmen. Als ob es den Lehrern Spaß gemacht hätte, den Kindern Knüppel zwischen die Beine zu schmeißen. Jedes persönliche Engagement für irgendetwas war eben verdächtig.“ (Zitat nach Gisela Helwig, Die letzten Jahre der DDR S.23)

Insgesamt war die Politik der SED gegenüber der heranwachsenden Generation zwiespältig. Auf der einen Seite hielt sie beständig an einem Erziehungsanspruch fest, der durch Kindergarten, Schule, Junge Pioniere, FDJ und sonstige Einrichtungen bis hinein in die Diskothek verfolgt wurde, auf der anderen Seite war diese „Förderung der Jugend“ durchweg von einem tiefen Misstrauen begleitet. Auf die Verteufelung des „Westeinflusses“ (Abschneiden von langen Haaren, Verbot von Jeans, Ablehnung der Rockmusik ect.) noch in den siebziger Jahren folgte die Aufnahme einer eigenen Jeans-Produktion, die widerwillige Zulassung von Rockbands und die flächendeckende Einrichtung von Jugendklubs unter Aufsicht der FDJ. Das Verhalten der Jugendlichen war allerdings kaum weniger ambivalent. Bis Mitte der achtziger Jahre verhielten sie sich weitgehend staatsloyal, ab dann führte die wachsende Wirtschafts- und Versorgungskrise zu immer größerer Skepsis bezüglich der fortwährend propagierten „Überlegenheit des Sozialismus“



## Ministerium für Staatsicherheit

Die Allgegenwart des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der „Stasi“, ist den meisten Bundesbürgern bis zur „Wende“ von 1989/90 eher unbekannt geblieben, den Menschen in der DDR hingegen ist sie ständig bewusst gewesen. Ohne permanent in Erscheinung zu treten, stellte sie dennoch ein Element ihres Alltags dar. Die Anfangs der siebziger Jahre einsetzende Entspannungspolitik, welche die SED-Führung zu einer gewissen Öffnung der DDR zwang, bedeutete für das MfS eine „ausserordentliche Belastungsprobe“ (Erich Mielke), da offen repressive Maßnahmen aus Gründen eines möglichen internationalen Reputationsverlustes (Ansehen) vermieden werden sollten.

Durch eine erhebliche Aufstockung des Personals, durch Verstärkung der Kontrolle sowie verfeinerte Methoden der Bespitzelung wurden die Aktivitäten der Staatssicherheit (Stasi) erhöht, um die Bevölkerung flächendeckend und zugleich präventiv überwachen zu können. Gleichzeitig blieben Gewaltanwendung, Freiheitsberaubung, Unterdrückung, Einschüchterung und andere Repressionen im Einzelfall nach wie vor weitere Praktiken des MfS. Ab Mitte der siebziger Jahre kam im Bevölkerungsdurchschnitt ein IM (Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi) auf 100 DDR Bürger, insgesamt standen 1989 – 91 000 hauptamtliche (feste Löhne) und 173 000 Inoffizielle Mitarbeitende im Dienst des MfS. Es ist sicherlich einsichtig, dass diese permanent im Hintergrund existierende, und falls notwendig, jederzeit in den Vordergrund stoßende Präsenz des MfS einschüchtern gewirkt hat. Die Folge war eine fortwährende Verunsicherung darüber, was man sagen durfte und mit wem man tatsächlich vertraulich sprechen konnte.

Jede Art von abweichenden Verhalten konnte dazu führen, in die Fänge der Stasi zu geraten. Ein Opfer des MfS berichtet: *...Im Januar 1986 war ich 19 ½, stellte ich den Ausreiseantrag. Erstmal passierte gar nichts, dann eine Aussprache im Betrieb. Dann wieder nichts. Wochenlang, monatelang diese Warterei. Am 31. Mai 1988 wurde ich abgeholt. Frühmorgens im Betrieb warteten 4 Herren, hielten mir einen Ausweis unter die Nase und nahmen mich mit, zur Klärung eines Sachverhaltes. Plötzlich im Auto erkannte ich den einen: Anfang 20, der Anorak, die Frisur... den hatte ich am vorigen Wochenende gesehen! Mit meinen Eltern war ich in Berlin zum Einkaufen. Und dieser Typ saß mir auf der Rückfahrt gegenüber, im Platzkartenwagen! Jetzt ging es zur Bautzener Strasse, Dresdens Stasi-U-Haft. Endlose Gänge und Treppen, alles vergittert. Vernehmungen den ganzen Tag. Wegen der kleinsten Einzelheiten wurde man stundenlang gelöchert. Und der Vernehmer drohte: „Wenn sie nicht reden, haben wir noch andere Mittel. Doch der totale Schock kam abends: Sie haben ihre Anzeigepflicht verletzt, dafür gibt es zwei bis fünf Jahre (Haft), dazu geheime Nachrichtenübermittlung, das heißt, zwei bis zwölf Jahre. Sie bleiben hier.“ (Zitat nach Gisela Helwig). Die letzten Jahre der DDR, S.120). Die junge Frau konnte erst nach 2 ½ jäh. Haft am 8. März 1989 durch Freikauf in die Bundesrepublik übersiedeln.*

## Charakteristika

Die hier vorgestellten Beispiele nehmen nicht für sich in Anspruch, für den Alltag in der DDR durchweg repräsentativ gewesen zu sein. Vielmehr illustrieren sie einige charakteristische Bedingungen u. Probleme des täglichen Lebens und Arbeitens, mit denen sich Menschen im SED-Staat auseinander zu setzen hatten. Doch die angestrebte „Durchherrschaft“ der Gesellschaft durch die Partei konnte niemals völlig realisiert werden. Der Alltag, das wirkliche Leben in der DDR, entzog sich häufig dieser Zielsetzung und entsprach keineswegs dem immer wieder propagierten Bild. Nicht zuletzt gelang es der SED selbst auch nicht, u. seit den achtziger Jahren zusehends weniger, die Überlegenheit des sozialistischen Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems gegenüber dem „Westen“ unter Beweis zu stellen. Individuelle Situationen und Verhältnisse konnten daher durchaus unterschiedlich sein; denn bewußt und unbeschwunden wurden Freiräume gesucht, um den fortwährenden Ansprüchen und Aufforderungen der Partei und der Massenorganisationen zu entgehen. Einzelfälle sind die angeführten Beispiele jedoch nicht gewesen.

Grundsätzlich dürfte gelten: „Alltag in der DDR war immer ein Alltag mit der Politik, in letzter Instanz mit der Politik der SED, aber auch mit den von dieser Politik abgeleiteten „Politiken“ der von ihr beherrschten Staatsapparate, Betriebe und Massenorganisationen. Das lässt sich sinnfällig an Entscheidungen, die die individuelle Lebensführung und damit den Alltag verändern und neu ausrichten, veranschaulichen:

Heiraten und Kinderkriegen standen in enger Wechselwirkung mit Wohnungsvergabepolitiken, Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft hing von den staatlicherseits zur Verfügung gestellten Kinderbetreuungseinrichtungen ab. Bildungsmöglichkeiten waren mit politisch kodierten Klassenzugehörigkeiten und Loyalitätsbeweisen verknüpft, die Teilhabe an anderen materiellen Errungenschaften wie Ferienplätzen, Eintragungen in einer Warteliste für Autos ect. an die Mitgliedschaften in Massenorganisationen und so weiter. Der alltägliche Umgang mit den vom politischen Willen der SED und nicht nur den materiellen Möglichkeiten diktierten Konditionen für die Beschaffung und den Erwerb der Grundlagen für die eigene Lebensführung war eine Selbstverständlichkeit, eine Routine“ . (Dt.Bundestag,S.27f)

Quelle: Informationen zur politischen Bildung  
[www.pbb.de](http://www.pbb.de) Publikationen Heft 270/2001 Seite 42-48  
Text von Günther Heydemann- Schulstoff-

Zusammenstellung dient der Aufarbeitung an künftige Generationen (Leseprobe ) und politisch Interessierte  
-Bilder privat- [sed-opfer-hilfe.de](http://sed-opfer-hilfe.de)